

Podiumsdiskussion mit Bischof Kohlgraf zum Thema Wehrpflicht: „Wehrpflicht - ohne mich?!“

Von hoff (MBN)
28. Okt. 2026



Am Dienstag, 27. Oktober, hat der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf an einer Diskussion zum Thema „Wehrpflicht - ohne mich?!“ im Jugendhaus Don Bosco in Mainz teilgenommen. In Gespräch und Austausch ging es um die unterschiedlichen Perspektiven von Jugend, Militär und Kirche. Insbesondere sollten junge Menschen zu Wort kommen, die von der Debatte um Wehrpflicht und Wehrdienst direkt betroffen sind. Auf dem Podium saßen neben Bischof Kohlgraf Oberstleutnant Ulrich Schäffer von der Gemeinschaft katholischer Soldaten, Raphael Marquart, Referent für Freiwilligendienste vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), sowie Muhammed Denli und Rose Sözer von der Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz. Moderiert wurde der Abend von Nadine Wacker, Leiterin des Bischöflichen Jugendamtes (BJA). Organisiert wurde der Abend von den Diözesanverbänden des BDKJ und des BJA in Kooperation mit pax christi.



„Frieden schafft man nicht durch Waffen“, sagte Bischof Kohlgraf. Um zu einem gerechten Frieden zu finden, bei dem Menschenwürde und Gerechtigkeit sichergestellt werden „sind andere Perspektiven wichtig. Es braucht eine Friedensvision und -Strategie“, rief Kohlgraf in Erinnerung. Im Hinblick auf die Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten sei wichtig, „dass das Gewissen gebildet und geschult wird“. Dies gelte sowohl als Vorbereitung auf einen militärischen Dienst, als auch im Dienst. „Krieg ist kein Spiel, es braucht ethische Bildung“, sagte Kohlgraf. Im Hinblick auf die voranschreitende Entwicklung Künstlicher Intelligenz betonte Kohlgraf: „Bei aller Automatisierung muss immer ein Mensch die Verantwortung übernehmen“. Als problematisch wertete Kohlgraf, dass Militärdienst in Debatten häufig höher bewertet werde, als etwa ein ziviler Dienst. Dem setzte Kohlgraf entgegen: „Wenn ich das Gewissen achte, gibt es keinen höherwertigen Dienst. Zivilschutz etwa ist auch wichtig.“

„Vom Wehrdienst halten wir wenig, besser wäre ein Gesellschaftsjahr“, sagte Rose Sözer von der Landesschüler*innenvertretung. Andere Dienste, wie etwa das Technische Hilfswerk, seien ebenso wichtig für eine Gesellschaft, sagte sie. Auf die Forderung, dass auch Frauen gleichermaßen zu einem Dienst in der Bundeswehr herangezogen werden sollten, entgegnete sie: „Frauen leisten nach wie vor etwa 75 Prozent der Carearbeit und leisten damit schon einen überwiegenden Teil der Arbeit für die Zukunft einer

Gesellschaft“. Außerdem wies sie auf die Gefahr von Übergriffen und sexueller Gewalt in der Truppe und im Krieg hin: „Es findet nicht genug Prävention statt, die sowohl Frauen, als auch Männer vor Übergriffen schützt.“ Muhammed Denli, ebenfalls von der Landesschüler*innenvertretung, betonte wie Sözer, dass ziviles Engagement ebenso wichtig sei. Als Beispiel nannte er, dass seine Schwester in der Pflege arbeite. „Es gibt zu wenige Pflegekräfte. Wenn diese dann noch für den Kriegsdienst herangezogen werden, wird das Problem verschärft.“ Außerdem mache er sich Sorgen darum, was passiert, wenn sich zu wenige freiwillig zu einem Dienst melden: „Inwiefern kann man von Freiwilligkeit sprechen, wenn etwas nur so lange freiwillig ist, bis nicht genug Freiwillige gefunden werden?“

Oberstleutnant Ulrich Schäffer betonte: „Die Sinnhaftigkeit eines verpflichtenden Jahres muss gewährleistet sein.“ Dies könne erheblich zur Motivation beitragen und für ein höheres Maß an Zustimmung sorgen. Ein verpflichtender Dienst sollte für Männer und Frauen gleichermaßen gelten, denn „Frauen stehen heutzutage alle Aufstiegsmöglichkeiten in der Bundeswehr offen, die es auch für Männer gibt. Und Frauen leisten einen unverzichtbaren Beitrag in der Bundeswehr“. Die aktuelle geopolitische Lage erfordere Handlungsfähigkeit. In der Debatte um die Wehrpflicht müsse es deshalb darum gehen: „Welches Modell trägt am besten dazu bei, dass unsere Streitkräfte ihre Aufgaben erfüllen können?“ Die Wehrgerechtigkeit sei dabei ein zentraler Aspekt. Damit meinte er klare Kriterien, wer ausgewählt wird, und warum. Gleichzeitig müsse die Gewissensfrage gewahrt bleiben.

Raphael Marquart forderte einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, da es heute schon auf viele Stellen mehr Bewerberinnen und Bewerber gebe, als Stellen zur Verfügung stünden. Außerdem forderte er bessere finanzielle Unterstützung für Menschen, die sich für einen solchen Dienst an der Gesellschaft entscheiden, sowie ein breites Beratungsangebot für alle gesellschaftlich relevanten Dienste, damit sich junge Menschen bewusst wählen könnten, in welcher Form sie der Gesellschaft einen Dienst erweisen möchten. Die Kernfrage müsse lauten: „Wie macht man es attraktiver, sich sozial zu engagieren?“